

Unverkäufliche Leseprobe



Christoph Ruf und Olaf Sundermeyer
In der NPD
Reisen in die National Befreite Zone

229 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-58585-2

KLAMM SEIT 1964

In den 45 Jahren ihres Bestehens hat sich die NPD häufig neu im rechtsextremen Spektrum positioniert. Die Partei, die sich in den Sechzigern als «konservativ» verortete, könnte man heute «national-sozialistisch» nennen. In ihrer wechselvollen Geschichte weist sie allerdings eine Kontinuitätslinie auf: die, dass sie finanziell daniederliegt.

Schon am Tage ihrer Gründung sammelte die NPD erstmals Spenden. Als die Partei am 29. November 1964 gegründet wurde, machten am Ende der Veranstaltung Sektkübel die Runde – über 5000 Mark kamen zusammen.¹ Damals wie heute ist das eine Summe, die die klamme Partei bitter nötig hat.

Ursprüngliches Ziel bei der Parteigründung war es, die versprengte bundesrepublikanische Rechte zu einen. Mitglieder der 1952 verbotenen «Sozialistischen Reichspartei», einer mit ehemaligen NSDAP-Funktionären durchsetzten Gruppierung, fanden hier ebenso ihre Heimat wie vergleichsweise gemäßigte Rechtsradikale. Exponenten des moderateren Flügels gaben zunächst den Ton an. Auch die ersten Vorsitzenden Friedrich Thielen (1964–1967), Adolf von Thadden (1967–1971) und Martin Mussgnug (1971–1991) waren verglichen mit den heutigen Führungskräften eher bürgerliche Politiker.

Erste Erfolge ließen nicht lange auf sich warten. Die Jahre 1966 bis 1968 waren die bis heute erfolgreichste Periode in der Geschichte der Partei, gelangen ihr doch zahlreiche spektakuläre Erfolge auf Landesebene: 7,4 Prozent in Bayern, 7,9 Prozent in Hessen, 1967 dann 8,8 Prozent in Bremen, 5,8 Prozent in Schleswig-Holstein, 6,9 Prozent in Rheinland-Pfalz und 7,0 Prozent in Niedersachsen. In Baden-Württemberg erreichte die Partei 1968 gar 9,8 Prozent – das beste Ergebnis, das die NPD jemals in

einem einzelnen Bundesland erzielte. Mit den Wahlerfolgen ging eine Verbürgerlichung der Partei einher, die ihre Parlamentarier nicht zuletzt aus dem Mittelstand rekrutierte. Das blieb auch inhaltlich nicht ohne Folgen: Im «Wertheimer Manifest» aus dem Jahr 1970 definierte sich die Partei als «konservativ».²

In den darauffolgenden Landtagswahlen verfehlte die Partei allerdings jeweils den Wiedereinzug in den Landtag. Die Wahlerfolge erwiesen sich eher als Strohfeuer denn als Zeichen für ein dauerhaftes Erstarken des Neonazismus.

In den Siebzigerjahren hielt die Erosion der NPD an. Sie wurde zu einer sektiererischen Splitterpartei, die 1980 bei der Bundestagswahl nur noch auf 0,2 Prozent der Stimmen kam. Personell, logistisch und programmatisch blutete die Partei ebenfalls aus. Für Wähler vom rechten Rand der Unionsparteien war sie wegen ihrer Rückwärtsgewandtheit und ihrer intellektuellen Dürftigkeit keine wählbare Alternative. Die Neonaziszene dagegen belächelte sie als biedere Altherrenpartei. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass sich auch parteiintern Kritik am Kurs der Partei regte. Viele Funktionäre gingen sogar noch einen Schritt weiter: Sie hielten die NPD für historisch gescheitert. Die Wahlen gaben ihnen recht. Nach langen Jahren, in denen es keiner rechtsextremen Partei gelang, in irgendein Parlament einzuziehen, spürten die Rechten Ende der Achtzigerjahre wieder Rückenwind. Allerdings erzielten nun Republikaner und DVU einschlägige Erfolge – die NPD schaffte es hingegen häufig nicht einmal, die für eine Wahlteilnahme nötigen Unterstützerunterschriften zusammenzubekommen.³

Martin Mussgnug, immerhin der amtierende Bundesvorsitzende, und sein Stellvertreter Jürgen Schützinger waren die ersten Parteiprominenten, die der NPD den Rücken kehrten. Sie traten aus und gründeten daraufhin die «Deutsche Liga für Volk und Heimat». Die Gruppierung blieb vollkommen bedeutungslos, sieht man einmal von dem Umstand ab, dass zahlreiche Führungspersonen der heutigen NPD diese Partei mitprägten

(z. B. der Münchner Stadtrat Karl Richter und der thüringische Landesvorsitzende Frank Schwerdt). Der personelle Aderlass sollte die Partei zunächst noch weiter isolieren.

Als Nachfolger von Martin Mussnug wurde 1991 Günter Deckert aus Weinheim in Baden-Württemberg zum NPD-Bundesvorsitzenden gewählt. Er leitete unverzüglich eine Radikalisierung ein und öffnete die Partei für neonazistische Skinheads. Geschichtsrevisionismus und unverhohlene Leugnung des Holocaust wurden nun zum Hauptkennzeichen der Partei, die sich endgültig zum Sammelbecken von Sektierern und wirren Verschwörungstheoretikern entwickelte. 1995 wurde Deckert, der sich auch innerparteilich zunehmend isolierte, wegen Leugnung des Holocaust zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Im gleichen Jahr setzte ihn der Bundesvorstand als Vorsitzenden ab – angeblich wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten. Eigentlicher Grund war jedoch der Umstand, dass Deckert die NPD zu einer monothematischen, ausschließlich rückwärts-gewandten Gruppierung gemacht hatte. Nachfolger Deckerts wurde Udo Voigt. Unter seiner Ägide rückte die Partei sozialpolitische Themen in den Vordergrund und orientierte sich strategisch um – statt einer reinen Wahlpartei will man auch «Nationale Außerparlamentarische Opposition» («NAPO») sein –, die Teilnahme an Wahlen wird dennoch als wichtig erachtet, weiß man doch, dass man nur so den anvisierten Marsch in die Mitte der Gesellschaft antreten kann.

Demgemäß propagierte Voigt anlässlich einer Tagung des Bundeshauptausschusses der NPD 1997 das «Drei-Säulen-Konzept», das den «Kampf um die Straße», den «Kampf um die Köpfe» (in dem Konzepte und Begrifflichkeiten der NPD sukzessive mehrheitsfähig werden sollen) und den «Kampf um die Parlamente» umfasst. Im Zuge des «Kampfes um die Straße» vollzog die Partei den Schulterchluss mit neonazistischen Kameradschaften, die ihr bis dato ablehnend gegenüberstanden («Volksfront»). Im Zuge dieser Öffnung traten Neonazis wie

Jürgen Rieger, Thorsten Heise oder Thomas Wulff in die NPD ein, wo sie häufig in Führungspositionen gewählt wurden. Insgesamt wurde die Partei unter Voigt zur «Bewegung des nationalen Widerstandes», wie er es selbst formuliert. Politischer Aktivismus trat endgültig an die Stelle eines Selbstverständnisses als Wahlpartei. In ausgewählten Gebieten hat sich die Partei vorgenommen, eine Parallelgesellschaft zu formen, in der nicht mehr die Gesetze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung das Zusammenleben der Menschen bestimmen.

Das ursprünglich in der NPD-Studentenorganisation entworfene Konzept von der «National Befreiten Zone⁴» umfasst das Streben nach Hegemonie für die eigenen Themen, aber auch die Schaffung rechtsfreier Räume, in denen die rechtsextreme Szene ihre eigenen Gesetze schafft und durchsetzt. Um die Jahrtausendwende warnen Antifa-Aktivist*innen beispielsweise in der Sächsischen Schweiz davor, dass ihre Region zunehmend unter die Kontrolle der rechten Szene gerate. Noch heute bezeichnen Flüchtlings- und Antifa-Organisationen einige Gebiete in Ostdeutschland als «No-go-Areas».

Im Zusammenhang mit der eskalierenden Gewalt gegen Minderheiten und Angehörige anderer Ethnien steht auch das NPD-Verbotsverfahren, das Bundesregierung und Bundesrat 2001 beim Bundesverfassungsgericht beantragen. Sie sehen die Agitation der Partei als eine der Hauptursachen für die rechtsextremistischen Gewalttaten. Das Verfahren wurde schließlich niedergeschlagen, ohne dass sich die Verfassungsrichter inhaltlich dazu geäußert hätten, ob sie die NPD für verfassungsfeindlich halten. Das Verfahren scheiterte – nicht, weil es inhaltlich unbegründet wäre. Sondern weil ein Großteil der zur Beweisführung herangezogenen Aussagen von NPD-Kadern gemacht wurden, die dem Verfassungsschutz zuarbeiteten.

Ob das Verbotsverfahren politisch klug war, sei dahingestellt. Fakt ist, dass die NPD gestärkt aus dem Karlsruher Verfahren hervorging. Im September 2004 gelang ihr gar der bis dato spek-

takulärste Wahlerfolg der letzten Jahrzehnte. In Sachsen, dem Bundesland, in dem die NPD auch lokal verankert ist, zog sie mit 9,2 Prozent in den Landtag ein. Sachsen wird seither sukzessive zum NPD-Laboratorium ausgebaut. Der von Holger Apfel geführte Landesverband hat seither Modellcharakter für die Gesamtpartei. Ausschlaggebend für den Wahlerfolg war ein aufwendig und geschickt geführter Wahlkampf, der soziale Themen («Quittung für Hartz IV») in den Mittelpunkt rückte. Dass man im September 2005 bei der Bundestagswahl mit 1,6 Prozent klar an der Fünfprozenthürde scheiterte, lässt sich unter den gegebenen Umständen leicht als Erfolg interpretieren, schließlich ist das das beste Ergebnis einer Bundestagswahl seit 1969. Als im September 2006 mit 7,3 Prozent der Sprung in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gelingt, fühlen sich die Parteiführer bestätigt – auch der «Deutschlandpakt» hat sich als strategisch richtige Entscheidung erwiesen.

Eineinhalb Jahre zuvor, im Januar 2005, hatte Udo Voigt diesen zusammen mit Dr. Gerhard Frey, dem Chef der finanzkräftigen DVU («Deutsche Volksunion») verkündet, der am 11. Januar 2009 von dem 37-jährigen Matthias Faust als Parteivorsitzender abgelöst wurde. Er soll ausschließen, dass sich die beiden Parteien durch konkurrierende Kandidaturen wechselseitig die Stimmen aus dem rechtsextremen Lager streitig machen. DVU und NPD treten ab diesem Moment nicht mehr wie in der Vergangenheit parallel zu einzelnen Wahlen an. Sosehr sich die beiden Parteien – hier die radikale Kaderpartei NPD, dort die behäbige Phantompartei DVU – unterscheiden, in ihrem laxen Umgang mit dem Parteiengesetz ähneln sie sich wie ein Ei dem anderen.

Der Februar war in den vergangenen Jahren kein guter Monat für die NPD. Im Februar 2007 forderte die Bundestagsverwaltung 870 000 Euro von der NPD zurück, die die Partei aus Mitteln der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten hatte. Dass im thüringischen Landesverband massiv Spendenquittungen ge-

fälscht worden waren, wurde ihr nun zum Verhängnis. 870 000 Euro sind viel Geld für eine Partei – jedes Mitglied müsste mehr als 100 Euro spenden, um die Summe zusammenzubekommen. Es sollte noch schlimmer kommen: Ein Jahr später, im Februar 2008, wird Bundesschatzmeister Erwin Kemna unter dem Verdacht festgenommen, 672 000 Euro aus Parteivermögen in die eigene Kasse gewirtschaftet zu haben. Die Summe wird später nach oben korrigiert.

Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Münster soll Kemna, ein Mittelständler aus dem münsterländischen Lengerich, «durch relativ komplexe Transaktionen Gelder von den Konten der NPD» auf eigene Konten umgeleitet haben. Dass die Veruntreuungen – von insgesamt 65 Überweisungen wird später die Rede sein –, die darüber hinaus noch über einen Zeitraum von fast dreieinhalb Jahren andauerten, parteiintern so lange unbemerkt bleiben konnten, wirft auch innerparteilich Fragen auf. Zumal Udo Voigt, anstatt erst einmal kleinlaut zu schweigen, reflexhaft eine Verschwörung seitens politischer Gegner und der Justiz ausmacht. Dass er sich mehrfach ausdrücklich vor seinen alten politischen Weggefährten Kemna stellt und immer wieder betont, er vertraue ihm vollauf, wird ihn schon bald selbst in Bedrängnis bringen. Anfang Januar leitet die Staatsanwaltschaft Münster ein Ermittlungsverfahren gegen Voigt ein – wegen Verstoßes gegen das Parteiengesetz. Innerparteilich ist er zu diesem Zeitpunkt schon lange isoliert. Spätestens seitdem Pastörs und Holger Apfel, die mächtigen Landesfürsten aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, die Kandidatur von Andreas Molau zum Bundesvorsitzenden unterstützen, gilt Voigt als Mann der Vergangenheit. Auslöser – wenngleich nicht alleinige Ursache – für den rapiden innerparteilichen Autoritätsverfall Voigts war dessen Rolle im Kemna-Skandal.

In der Tat förderten schon die ersten Untersuchungen abenteuerliche Zustände bei der Finanzbuchhaltung der Partei zutage. «Als die Ermittler des Landeskriminalamtes an jenem

Morgen die Tür zu Erwin Kemnas Arbeitszimmer in seinem zweistöckigen Einfamilienhaus im münsterländischen Ladbergen öffneten, konnten sie kaum einen Fuß auf den Boden setzen, bis zu einem halben Meter hoch stapelten sich überall im Raum lose Papiere: private Dokumente, Unterlagen der «Deutschen Stimme» und der NPD, Buchhaltungsunterlagen der letzten Jahre, haufenweise ungeöffnete Post – vor allem Mahnungen und Beschwerden wütender Gläubiger. Auf dem Schreibtisch blieb nur noch ein kleines Eckchen zum Arbeiten, auch in den Wandregalen von Ordnung keine Spur. Kaum besser sah es im Gästezimmer und auf dem Dachboden aus. Neuneinhalb Stunden brauchten die Fahnder, um sich halbwegs einen Überblick zu schaffen», heißt es im Durchsuchungsbericht.⁵ Schon bald wird auch dem parteiintern eingesetzten Revisor, dem Neonazi-Anwalt und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jürgen Rieger, klar, dass Kemna nicht nur geschlampt, sondern im großen Stil Parteigelder in die eigene Tasche gewirtschaftet hat. Im September 2008 wird Kemna vom Landgericht wegen Untreue zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt.

Die NPD steht nun unter Legitimationsdruck. Nicht nur, dass ausgerechnet die Partei, die nicht müde wird, die moralische Verderbtheit der «Systemparteien» anzuprangern, selbst ein Musterbeispiel an Dilettantismus und korruptem Verhalten geliefert hat. Nicht nur, dass ein Vorsitzender ein solch beredtes Zeugnis seiner eigenen Ahnungslosigkeit abliefern, dass er auch parteiintern zusehends in die Kritik gerät. Kemna, ein gelernter Finanzbuchhalter, versuchte die illegalen Entnahmen zu verschleiern und nahm seine Partei so erst in die Haftung. Um die Veruntreuungen zu kaschieren, schrieb er offenbar bereits im Jahr 2006 fiktive 385 000 Euro an Ausgaben in die Bilanz. Sollte sich das bewahrheiten, wäre der Rechenschaftsbericht der Partei falsch, und sie müsste eine Strafe in doppelter Höhe (770 000) Euro bezahlen. Wie die Partei das Geld aufbringen soll, weiß derzeit niemand.⁶

Kaum haben die Parteiobere begriffen, dass ein Funktionär aus ihrer Mitte ihnen mehr geschadet hat, als der politische Gegner es jemals gekonnt hätte, steigt man auf die Notbremse. Auch bereits bewilligte Mittel für die Parteigliederungen werden radikal zusammengestrichen: Die Landtagswahl in Bayern vom September 2008, von der man sich ursprünglich den Vorstoß ins bürgerliche CSU-Milieu versprochen hatte, wurde bereits im Vorfeld verloren gegeben und die Etats so weit zusammengestrichen, dass in ganzen Landkreisen kaum ein NPD-Plakat aufgehängt werden konnte.⁷

Es gibt viele Faktoren, die verhindern, dass die NPD flächendeckend spektakuläre Wahlerfolge einfährt. Einer davon, und nicht der unwichtigste, ist der Umstand, dass ihr schlicht und einfach die Mittel fehlen, um Büros zu unterhalten, Mitarbeiter zu finanzieren oder in größerem Stil Wahlkampfmaterialien zu verteilen. Die Partei als solche ist so gut wie bankrott, ihre beiden Landtagsfraktionen halten einen Organismus am Leben, der ohne die Geldströme aus Wahlkampfkostenerstattung, Fraktionsgeldern und Abgeordnetendiäten schon lange verschieden wäre, trotz einzelner potenter Geldgeber wie des Neonazi-Anwalts Jürgen Rieger, der wohl nicht zuletzt deshalb im Parteivorstand sitzt, weil er mit seinen Millionen wertvolle Dienste leistet – unter anderem durch den ständigen Versuch, für die Partei eine Immobilie zu erstehen, die sich als Tagungs- und Schulungszentrum ausbauen ließe.

Im Zuge der Kemna-Affäre wird vielen Aktivisten bewusst, dass sich an dieser misslichen Ausgangslage so bald nichts ändern wird. Sie forderten, dass die Verantwortlichen ihrer Verantwortung gerecht werden. Udo Pastörs sitzt im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einer sechsköpfigen Fraktion vor. In Schwerin ist der Juwelier aus dem Rheinland, der wie so viele West-Nazikader in den 90ern in den Osten zog, der Mann fürs Grobe. Pastörs ist ein Getriebener, ein Hetzer, der selbst gehetzt wirkt. Pastörs ist aber auch Überzeugungstäter: «Das System»,

in dem er lebt, will er abschaffen, er würde wohl sagen: hinwegfegen. «Das System» ist in Pastörs Weltansicht korrupt, verderbt, von zynischen Technokraten verwaltet, die fremden Herren dienen und nur ihr eigenes Wohl im Sinne haben. Dieses System hat nur einen glaubwürdigen, nur einen integren Feind: die NPD. So sieht das Udo Pastörs.

Und nun das. Ausgerechnet der NPD-Kassenwart hat systematisch und über Jahre in die eigene Tasche gewirtschaftet, hat die Spendengelder und Mitgliedsbeiträge der «Kameraden» veruntreut, die teils selbst nicht viel Geld zum Leben haben. Und das alles, um sein Küchenstudio vor dem Ruin zu bewahren. Und als ob das nicht schon schlimm genug wäre, hat der Parteivorsitzende angeblich jahrelang nichts gemerkt, hat seinen unfähigen Adlatus sogar noch gedeckt, als selbst in der Partei die Ersten gemerkt hatten, dass das keine Intrige der politischen Gegner war, sondern der augenfälligste Fall politischer Korruption.

Udo Pastörs Weltbild ist ins Wanken geraten: «Das ist kein Skandal, das ist eine Gaunerei, das ist ein Verbrechen.» Kurzum: «Das hier sind Zustände wie bei den Systemparteien.» Wer in diese Partei eintrete, unterliege besonderen moralischen Ansprüchen, findet Pastörs: «Das muss Konsequenzen für die NPD haben, sonst verliert sie ihren Selbstanspruch. Wer in diese Partei eintritt und sich da etwas zuschulden kommen lässt, was das Normalmaß von Tolerierbarem überschreitet, dann muss das aufgeräumt werden. Ganz klar.»

Desillusioniert ist er seit dem Bamberger Parteitag vom Mai 2008, bei dem er seiner Überzeugung entsprechend gefordert hatte, dass nun die Schuldigen gesucht werden müssten, dass man nicht den Mantel des Schweigens über diese Angelegenheit breiten dürfe, die so fundamental das Selbstverständnis der Partei angreift. Pastörs hat in Bamberg gemerkt, dass seine Position nicht mehrheitsfähig war; die meisten Delegierten wollten gar nicht so genau wissen, wie es passieren konnte, dass ein Schatz-

meister der Partei überall in seiner Wohnung ein derartiges Chaos an Quittungen und Belegen herumliegen hatte, dass die Mitarbeiter der Finanzbehörde die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, als sie die Wohnung betraten. «Objektiv kann man wohl sagen, dass das, was da gelaufen ist, die Wähler nur wenig interessiert, es ist sehr, sehr traurig», sagt Pastörs. Moralische Fragen seien offenbar irrelevant, «nur Mehrheiten verändern etwas». Inhaltlich sieht Pastörs sich «bestätigt»: «Ich habe kein Verständnis für dieses lange Taktieren unseres Parteivorsitzenden. Ich war erschrocken, auf dem Parteitag, dem Bundesparteitag, weil ich relativ auf einsamer Flur stand.» Eines steht für Pastörs dennoch fest: Udo Voigt wird sich nicht mehr lange an der Spitze der Partei halten können: «Wenn Sie mit einem Generaldirektor in einer Firma arbeiten müssen, der nur deswegen seinen Posten behält, weil das sonst im nächsten Jahr die Bilanz verhagelt, dann gibt man ja jeden moralischen Anspruch auf.»

Auch NPD-Generalsekretär Peter Marx macht nicht den Eindruck, als wolle er sich für seinen Parteivorsitzenden in die Bresche werfen. Das überrascht zunächst, schließlich war Marx auf dem Bamberger Bundesparteitag der Erste, der Udo Voigt zu dessen Wiederwahl als Parteivorsitzender gratulierte. Die beiden Herren umarmten sich dabei herzlich. Nur wenige Monate später war Generalsekretär Marx einer der drei entscheidenden Drahtzieher bei der rasanten Entmachtung Voigts. Der bundesweit bestens vernetzte Multifunktionär warf zuerst in einem Hintergrundgespräch für dieses Buch die Frage auf, «ob wir mit Voigt personell richtig aufgestellt in das Wahljahr gehen». Ende Dezember beantwortete er sie selbst, indem er zusammen mit Holger Apfel und Udo Pastörs Andreas Molau zum Kandidaten ausrief.

Molau, der bis dato innerparteilich nicht als Schwergewicht gegolten hatte, dürfte es bei seinem Karrieresprung jedenfalls zupass gekommen sein, dass er aus Protest gegen das Krisenmanagement Voigts in der Kemna-Affäre Anfang Oktober aus dem

Bundesvorstand zurückgetreten war. Die «Führung des Bundesvorstandes» könne er «nach den Ereignissen um die Veruntreuung von Geldern in der Partei nicht mehr voll unterstützen», schrieb er damals. Mit diesen Worten begann Molau Sturm auf das höchste Parteiamt. Und einer wie Molau stürmt nicht, ohne sich vorher nach allen Seiten abgesichert zu haben.